

Der Green Deal der EU und die Agenda 2030 der Vereinten Nationen.

Von Dr. Helmut Böttiger, 65232 Taunusstein, im Dezember 2019

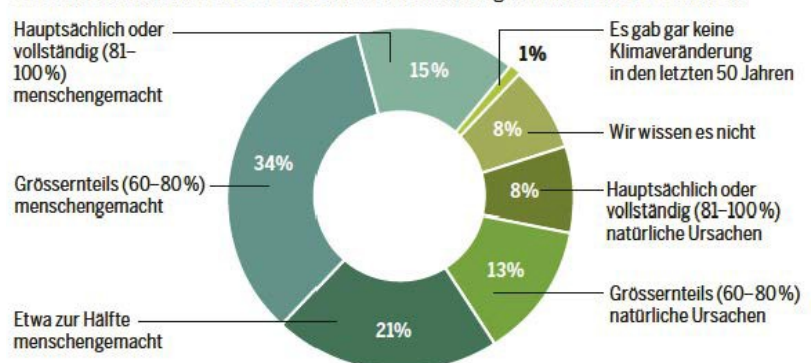
Nicht nur in Brüssel auch in Berlin grünt es. „Vertreter von Bund und Ländern haben einen Durchbruch bei den Verhandlungen über das Klimapaket der Bundesregierung erreicht.“ Das berichteten die Nachrichtenagenturen. Danach soll der Preis für CO₂-Emissionen zum 1. Januar 2021 von 10 auf 25 Euro steigen und bis 2025 auf 55 Euro. Als Alibi werden allerlei „Entlastungen“ für den Bürger in Aussicht gestellt, etwa die Erhöhung der Pendlerpauschale oder eine Mehrwertsteuersenkung für Fahrausweise der Bundesbahn.

Die grüne Agenda der EU-Kommission sieht vor allem vier größere Maßnahmenpakete vor. Als erstes soll der Verkauf von Emissionsrechten (Emissionshandel) auf Flüge, Schiffe und das Bau-Gewerbe ausgedehnt werden. Dann will man eine CO₂-Steuer auf Importe von Gütern erheben, die nicht nach EU-Standards produziert werden. Ein Fonds für einen sozial gerechten Strukturwandel in Kohleregionen soll angelegt werden, weil man sowohl den Steinkohle- als auch den Braunkohlebergbau einstellen will. Schließlich will man eine Offshore-Offensive zum weiteren Ausbau der „Windenergie“ subventionieren. Das alles kann natürlich nur auf Kosten der Steuerzahler und Energieverbraucher geschehen.

Wie verhält sich das zu den in der UN-Agenda 2030 zusammengefassten Beschlüssen des „Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung“ vom September 2015 in New York. Dort verpflichteten sich die Vertreter von 193 Nationen zur Agenda 2030 mit den Worten: „Wir sind entschlossen, dafür zu sorgen, dass alle Menschen ein von Wohlstand geprägtes und erfülltes Leben genießen können und dass sich der wirtschaftliche, soziale und technische Fortschritt in Harmonie mit der Natur vollzieht.“ Dieses Vorhaben wurde in 17 Hauptzielen und 167 Unterzielen konkretisiert. Die Vertreter der Nationen verlangten, um ihre Ziele zu erreichen, die Gleichgewichtung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekte. Bei der Verständigung auf das konkrete Vorgehen seien alle aktiven und passiven Beteiligten (Stakeholder) ergebnis- und teilnehmeroffen, ideologiefrei und parteineutral einzubeziehen. Angestrebt wird eine „dauerhafte Entwicklung“. Das soll „im wesentlichen ein Wandlungsprozess (sein), in dem die Nutzung von Ressourcen, das Ziel von Investitionen, die Richtung technologischer Entwicklung und institutioneller Wandel miteinander harmonisieren und das derzeitige und künftige Potential vergrößern, menschliche Bedürfnisse und Wünsche zu erfüllen.“

Wo bleibt dieses Vorhaben der Weltgemeinschaft angesichts der heutigen, alles dominierenden CO₂-Klimaziele? In der Öffentlichkeit ist von der UN-Agenda 2030 kaum mehr die Rede. Unerwähnt bleibt in der Öffentlichkeit auch, dass die überall herum posaunte Klimarelevanz des von Menschen emittierten CO₂ trotz Milliarden Euro an entsprechender Forschungsausgaben immer noch nicht nachgewiesen werden konnte. Selbst der Weltklimarat (IPCC) muss es bei einem vagen „höchst wahrscheinlich“ belassen. Allerdings behaupten Meinungs-Manipulatoren, 97% der Wissenschaftler wären sich einig, dass der Mensch an einer Klimaerwärmung Schuld sei. Sie geben den Menschen diese Schuld vor allem wegen der Emission von CO₂ bei der energetischen Nutzung der Kohle-, Öl- und Gas-Verbrennung. Andere menschliche Aktivitäten, wie die Bodenversiegelung durch Straßen, Plätze und Gebäude mit der entsprechenden Bodenaufheizung, auf die sich ein Teil der

So schätzen Klimaforscher Ursachen der Erderwärmung in den letzten 50 Jahren ein



QUELLE: «NATIONAL SURVEY OF BROADCAST METEOROLOGISTS», FEBRUAR 2017; GEORGE MASON UNIVERSITY, FAIRFAX, CLIMATE CENTRAL, PRINCETON, AMERICAN METEOROLOGICAL SOCIETY, BOSTON. BASIS: BEFRAGUNG VON 463 KLIMAFORSCHERN

Wissenschaftler bezogen haben konnten, bleiben dabei unberücksichtigt. Bei den wissenschaftlichen Leugnern der Klimarelevanz von CO₂, handelt es sich meistens um Emeriti, um pensionierte Professoren, die auf ihren Ruf als Wissenschaftler aber nicht mehr auf ihre Karriere achten müssen. Anders liegt die Gewichtung möglicherweise bei den Verfechtern des menschengemachten Klimawandels. Dabei gibt es offensichtlich Zwischenstufen. Wissenschaft ist eben auch ein Geschäft und Forschungsaufträge, Projektmittel und der Erhalt des Arbeitsplatzes sind hart umkämpft.

Tatsächlich sind zwischen 2013 und 2018 Maßnahmen im Wert von 2,5 Billionen US-Dollar gegen den angeblich CO₂ bedingten Klimawandel finanziert worden. Dadurch ließ sich der CO₂-Ausstoß bisher allerdings nicht senken. Die Emissionen von CO₂, der Grundnahrung für Pflanzen sind sogar weiter gestiegen und werden weiter steigen, weil sich wichtige Industrieländer wie China und die USA aufgrund einer anderen strategischen Orientierung kaum an diesen Bemühungen beteiligen.

Was sind die voraussichtlichen Folgen der grünen Politik von Berlin und Brüssel?

Die Strom- und Energie-Versorgung der meisten Menschen beruht weitgehend noch immer auf fossilen Brennstoffen. Der Preis dieser Brennstoffe soll nun deutlich angehoben werden. Zur Stromerzeugung wird auf unzuverlässige Verfahren gesetzt und der individuelle Energieverbrauch soll deutlich eingeschränkt werden. Der für die Öffentlichkeit errechnete Kostenanstieg durch die angestrebte CO₂ Verteuerung soll pro 4 Personen-Haushalt 2021 mit rund 85 € und 2025 mit rund 300 Euro zu Buche schlagen. Das sei bedauerlich, aber zu stemmen, denkt vielleicht so mancher Gutgestellte. Denkt er auch an die 300.000 ärmsten Haushalte in Deutschland, denen jetzt schon der Strom abgestellt wird, weil sie ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen können?

Doch die genannten Zahlen sind, wenn sie denn stimmen, zu kurz gedacht. Denn was bedeutet der höhere CO₂ Preis wirklich? Schließlich wird Energie bei der Herstellung aller Güter des täglichen Lebens einschließlich des elektrischen Stroms benötigt. Mit den Herstellungskosten steigen die Preise von allem, was wir zum Leben brauchen. Dabei addieren sich die Energiekosten entlang der gesamten Herstellungskette, die das Endprodukt oder die Dienstleistungen durchlaufen, ehe wir sie zu unserem Lebensunterhalt kaufen und nutzen können. Die sogenannten alternativen Energielieferanten wie Wind und Solarkraftwerke liefern elektrische Energie, die kurzfristig starken Schwankungen unterliegt. Unternehmen, die eine stromintensive Produktion betreiben, werden künftig auf eigene Kosten für ihre Versorgungssicherheit sorgen müssen. Und Haushalte werden sich bald gezwungen sehen, ihnen darin zu folgen. Infolge dessen steigen die Preise der Produkte und somit die Kosten für die Bürger erheblich.

Wenn die neue EU-Kommission unter Ursula von der Leyen die „Klimaneutralität“ der EU durch die Einbeziehung der Flüge, Schiffe und des Bau-Gewerbes in den Handel mit CO₂-Emissionsrechten erreichen will, bedeutet das zunächst höhere Kosten für Bürger, die fliegen wollen oder auf Schifffahrt angewiesen sind. Auch der Individualtourismus wird deutlich beschnitten. Allerdings werden rund 80% des Welthandels über Schiffe abgewickelt, hinzu kommt die Verteuerung der Luftfracht. Die mit der CO₂-Preissteigerung verbundenen höheren Frachtkosten werden ebenfalls zu höheren Preisen bei vielen Nahrungsmitteln und Versorgungsgütern führen. Vor allem wird durch die Einbeziehung in den Emissionsrechtehandel der Wohnungsbau kostspieliger für Bauherren und damit auch für Mieter. Das geschieht, obwohl man andererseits vorgibt, alles unternehmen zu wollen, um die Preisexplosion bei Mieten zu stoppen. Dabei ist mitunter von „Mietpreisbremsen“ die Rede, die unter gegebenen wirtschaftspolitischen Bedingungen letztlich den Zubau von Wohnungen be-, wenn nicht sogar ganz verhindern dürften.

Die kombinierten Verteuerungen führen automatisch dazu, dass Bürger sich für ihr Geld weniger Güter leisten können. Gespart werden muss dann vor allem an weniger notwendigen „Luxus“-Gütern wie etwa PKWs. Die Drosselung der zahlungsfähigen Güternachfrage führt automatisch zu Produktionseinschränkungen und vermehrter Arbeitslosigkeit und steigert die

Sozialkosten, die letztlich auch der Bürger zu tragen hat und die seine Zahlungs- und Konsumfähigkeit weiter beeinträchtigen. EU, Bundes- und Landesregierungen lösen damit eine sich selbst verstärkende Entwicklung, eine Rezession aus, die letztlich die Armutsrate in der Bevölkerung in der EU und in Deutschland steigen lässt. Durch eine weitere Geldverwässerung (Vermehrung des Geldumlaufs), also letztlich Staatsschulden, lassen sich die Kosten zum Teil auf Sparer und Rentner abwälzen. Von der UN-Agenda 2030 mit der freiwillig übernommenen Verpflichtung, die Versorgung der Armen in der Weltbevölkerung in den unterentwickelten Ländern auf ein menschenwürdiges Niveau anzuheben, ist allenfalls in Sonntagsreden noch die Rede. Hier scheint eher die Tendenz zu greifen, die Versorgung der Durchschnittsbevölkerung auf das Niveau dieser Armen einebnen zu wollen

Mit dem Plan, eine CO₂-Steuer auf Importe von Gütern, die nicht nach EU-Standards produziert werden, zu erheben, trennt die EU ihre Handelspartner in zwei Klassen, in diejenigen, die sich EU-Standards aufzwingen lassen und diejenigen, die das nicht tun. Importe aus Ländern, die sich nicht den EU-Vorgaben beugen, wie Russland, China aber auch die USA werden für EU-Bürger durch die CO₂-Steuer teurer. Ihr Umsatz verringert sich zumindest entsprechend der Preissteigerung im Verhältnis zur gegebenen zahlungsfähigen Nachfrage.

Mit der auf diese verschiedenen Weisen gedrückten Inlandsnachfrage schwindet logischerweise die Investitionstätigkeit der Industrie seitens inländischer oder ausländischer Anleger. Lukrative Großunternehmen verwenden ihre Gewinne, wie bereits zu beobachten, vermehrt zu Aktienrückkäufen statt zu innovativen Investitionen. Andere verlagern ihre Produktionsstätten in jenes Ausland, das sich nicht den Maßnahmen der EU zur Drosselung der Industrieproduktion beugt. Schon die Steigerung der Herstellungskosten der Industrieproduktion durch die Auflagen der EU verringern – wie gezeigt – die Absatzchancen der europäischen Industrie. Die in der EU verbleibenden Produktionsstätten verpassen auf diese Weise allmählich den Anschluss an innovative Entwicklungen in der übrigen Welt. Das Nachlassen ihrer Innovationskraft wird sie mittelfristig vom Weltmarkt verdrängen.

Länder, die sich die EU-Standards aufzwingen lassen, sind zu meist jene schwachen Länder, denen es schon jetzt an Kapital und Produktionsvoraussetzungen fehlt, um der Mehrheit ihrer Bevölkerung eine Versorgung zu sichern, wie es die UN-Agenda 2030 fordert. Die von der EU aufgenötigten Auflagen veranlassen sie, das knappe Kapital auf die Herstellung der Cash-Crops zu konzentrieren, die sich in der EU absetzen lassen. Das dürfte das Leben für die Mehrheit ihrer Bevölkerung noch unangenehmer machen, als es bereits ist.

Das bisherigen negativen Ergebnisse der Bemühungen zur Überwindung der Armut, wie es die Agenda 2030 verlangt, schlägt sich in dem im Juli 2019 in New York veröffentlichten UN-Report „Die Situation der Nahrungssicherheit und Ernährung in der Welt“ nieder. Dort heißt es „Rund 820 Millionen Menschen weltweit hatten 2018 nicht genug zu essen. 2017 waren es schätzungsweise 811 Millionen Menschen. Damit ist die Zahl der Hungernden das dritte Jahr in Folge **gestiegen**. Das unterstreicht die gewaltige Herausforderung für das Ziel, den weltweiten Hunger bis zum Jahr 2030 zu beseitigen.“¹ „Wir müssen entschlossener handeln, um diese besorgniserregenden Trends anzugehen“, schreiben die Leiter der UN-Organisation für Nahrung und Landwirtschaft (FAO), des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD), des UN-Kinderhilfswerks UNICEF, des Welternährungsprogramms (WFP) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in ihrem gemeinsamen Vorwort zu dem Report.² Der jährliche UN-Report stellt außerdem fest, dass die Vermögensungleichheit in vielen Ländern steigt. Dadurch wird es für die ärmsten und am meisten benachteiligten Menschen noch schwieriger, angesichts schleppenden Wirtschaftswachstums und Konjunkturabschwungs über die Runden zu kommen. Ein Grund,

¹ Vgl. <https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/presse/2019/un-report-jeder-neunte-mensch-hungert/196298>.

² Unter: <https://www.unicef.de/informieren/materialien/the-state-of-food-security-and-nutrition-in-the-world/196116>

weshalb das so ist und einfach hingenommen wird, ist die Fokussierung der öffentlichen Meinung auf die angebliche und bisher nicht bewiesene Klimaerwärmung durch CO₂ .

Die grüne Agenda der EU und der Bundesregierung bewirkt und rechtfertigt nicht nur eine schleichende Verarmung der Europäischen Bevölkerung, sondern auch die Beibehaltung und Ausbreitung von Armutszonen in Afrika mit einer entsprechenden Förderung der Not-Migration nach Europa. Diese bewirkt ihrerseits die Angleichung der Verhältnisse in den „Wohlstandregionen“ an diejenigen der „Armutszonen“. Der neue „Green Deal“ der EU ist den Bestrebungen der Agenda 2030 diametral entgegen gerichtet. Die bisher noch nicht zu begründende Angst vor einer Klimaerwärmung durch CO₂ soll diesen Trend und die ihm zugrunde liegende Absicht verdecken.

Wird diesem Trend wenigstens durch die Einrichtung eines Fonds für einen sozial gerechten Strukturwandel in den Kohleregionen entgegengearbeitet? Zunächst ist klar, dass die Kosten eines solchen Fonds natürlich der Bürger und Energieverbraucher zu Lasten seines Konsums zu tragen hat. Mit einem solchen Fonds subventioniert die Regierung, so weit die Mittel des Fonds nicht bei Verwaltungsstellen versickern, im besten Fall Firmen, die im Sinne des Green Deals der EU „grüne“ Arbeitsplätze bereitstellen. Das sind in der Regel solche, die an sich nicht wirtschaftlich sind, sondern deren Zustandekommen von eben solchen Subventionen abhängt. Damit schaffen sich Regierungen zugleich Interessenten, die leidenschaftlich, weil aus eigenem Überlebensinteresse, ihre grüne Agenda unterstützen. Das ist dann der „gerechte Strukturwandel“, von dem man heute so betulich redet. Ähnlich wie durch die Geldvermehrung durch die EZB wird auf diese Weise der unwirtschaftliche Bereich der europäischen Wirtschaft zu Lasten desjenigen, die benötigte Güter herstellen, aufgebläht. Auch das widerspricht der verpflichtend beschlossenen UN-Agenda 2030, die die Versorgung aller Menschen auf eine gleich zu gewichtende ökonomische, ökologische, soziale und ressourceneffiziente Weise zu erzielen, vorgibt. Dabei gelten im Sinne der Agenda 2030 neben Rohstoffen und Energieträgern auch Arbeitskraft, technologisches Wissen und Können, Kapital, Infrastruktur, Flächenbedarf und ähnliches als Ressourcen, die es zu beachten gilt.

Und was an „Klimaschutz“ bringt schließlich die Offshore-Offensive der EU beim Ausbau der Windenergie? Anders als die noch immer unbewiesene „Klimasensibilität“ von CO₂ wirken Windenergieanlagen tatsächlich und unmittelbar auf Wetter und Klima ein. Die Energieentnahme aus dem Wind schwächt die Verteilung der Luftfeuchtigkeit vom Meer auf Land und sorgt für zunehmende Trockenheit in den vom Meer entfernter gelegenen Landstrichen. Außerdem trägt die Abschwächung der Luftzirkulation nachweislich zur Erwärmung der Atmosphäre bei? Das sind Tatsachen, die man in Brüssel, Berlin und vor allem in den Medien und damit in der sogenannten Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis nehmen will.

Auch die Bemühungen, den Anteil der energetischen Nutzung so genannter alternativer Energieerzeugung durch Wind und Sonne zu erhöhen, führen zwangsläufig zu einem starken Anstieg des Energiepreise, die der Verbraucher direkt und über höhere Güterpreise zahlen muss. Diese Aussage leuchtet zunächst wenig ein, da bei der Strom- oder Wasserstoff-Erzeugung durch Wind und Sonne scheinbar keine Brennstoffkosten anfallen. Bei näherem Hinsehen wird aber klar: Die Kosten rühren vor allem von der Erfordernis zunehmend größerer Mengen an kostspieligen Backup- und Speicherkapazitäten, die in konventionellen Systemen auf der Basis fossiler oder nuklearer Brennstoffe nicht benötigt werden. Schon die Steigerungen der Stromkosten in den letzten Jahren belegen diesen Tatbestand für jeden, der es wissen will. In den Ländern, in denen es bereits gelungen ist, die Stromerzeugung aus sogenannten erneuerbaren Energiequellen um bis zu 30% hochzuschrauben, hat sich der Strompreis für die Verbraucher in etwa verdreifacht. Hinzu kommt der relativ große Flächenbedarf und geringe Erntefaktor dieser alternativen Energiequellen. Auch die geringe Lebensdauer solcher Anlagen wegen des hohen Verschleißes der Windkraftwerke durch rasch wechselnde Windstärken und wegen zunehmender Haarrisse in den Sonnenkollektoren dank großer Temperaturschwankungen ist ein Kostenfaktor.

Schließlich wird sogar der Landwirtschaft vorgeworfen, sie emittiere zu viel CO₂, die unbestritten wichtigste Pflanzennahrung. Deshalb wird gefordert, die intensive Landwirtschaft, gemeint ist allerdings vor allem die Viehzucht, einzuschränken und auf Pflanzenschutzmittel und Herbizide weitest möglich zu verzichten. Wie sich mit einer solchen landwirtschaftlichen Strategie und der Umwidmung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zur Bio-Energiegewinnung der Hunger in der Welt entsprechend der Hauptforderung der Agenda 2030 überwinden lässt, bleibt ein Geheimnis des grünen Zeitgeistes und seiner Verfechter.

Wie lässt sich eine solche grüne Wirtschaftspolitik erklären?

Kein Lebensbereich bleibt unbeschädigt, wenn Energie knapp ist oder gar fehlt. Ein Grund für die nur allzu durchsichtigen Vorgehensweise des Green Deals mag darin bestehen, dass die Kampagne gegen CO₂-Emissionen seit 2013 viele an einem 2,5 Billionen US-Dollar-Geschäft beteiligt. An dem Geschäft verdienen Lieferanten entsprechender „Studien“, Propagandisten, und Spenden kreierende Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie zum Beispiel der NABU, die Deutschen Umwelthilfe oder auch der Verkehrsclub Deutschland. Auch Unternehmen ziehen Gewinne, wenn sie mit sogenannten klimafreundlichen, alternativen Produkten auf dem Markt sind, und natürlich auch alle Subventionsempfänger. Als besonders konkurrenzfähig erweist sich, wer ein feines Gespür dafür hat, was sich am politisch und medial geprägten Markt gut verkaufen lässt. So wurde das Paradigma einer ökologischen Modernisierung schrittweise glaubwürdig gemacht und der Green New Deal als gepriesene neue Rettung durch eine ökologische Industriepolitik vorbereitet.

Der aktuelle Begriff Green New Deal ist gar nicht neu.³ Noch vor der systemgefährdenden Finanzkrise von 2008 wurden verstärkt Versprechungen eines ökologischen Wirtschaftswunders verbreitet. Dadurch würde man Wirtschaft und Arbeitsmarkt wieder beleben und den Weg in eine nachhaltige Zukunft ebnen. Vor allem „Effizienz“ und „Innovation“ sollten das ökologische Wirtschaftswunder ermöglichen. Vorarbeiten zu dieser Strategie reichen bis in die 70er-Jahre zurück. Damals begann man gegen den Einfluss der alt-linken fundamentalen Kapitalismuskritik mit Erfolg neu-linker Theoretiker einer ökologischen Modernisierung ins Feld zu führen. Die Versprechen klangen verführerisch, erwiesen sich aber auf Dauer als nicht realistisch. Spürbare Erfolge blieben sowohl im sozialen wie im ökologischen Bereich aus. Parallel dazu wurden demokratische Einrichtungen wie z.B. Parlamente zunehmend entpolitisiert und die politischen Entscheidungen von „Experten“ vorbereitet. Politiker hatte sie dann nur noch zu verkaufen.

Doch dann zeigte die Finanzkrise von 2008, dass die in 50 Jahren „Wohlfahrtsdemokratie“ erfolgte wirtschaftliche Vermögenskonzentration trotz allem gesellschaftspolitisch auf soziale und ökologische Konflikte hinauslaufen würde. Um einer drohenden grundsätzlichen Veränderung der Macht- oder Herrschaftsverhältnisse entgegenzuwirken, musste neben dem hingehaltenen Zuckerbrot eines ökologischen Wirtschaftswunders, auch eine Peitsche geschwungen werden. Die bot sich in Form der drohenden CO₂-Klimakatastrophe an. Eine solche würde unweigerlich bei vermehrtem Energieeinsatz zur Herstellung eines größeren Güter- und Dienstleistungsangebot eintreten. Eine solche Produktionssteigerung hatten schon die UN-Agenda 21 Rio von 1992 und eindringlicher noch die Agenda 2030 von 2015 gefordert, als sie die Völkergemeinschaften zur Überwindung von Hunger und Armut in der Welt verpflichteten.

Der Zusammenhang erscheint vielen Menschen unverständlich, weil sie nach wie vor die vermehrte Güterproduktion und deren Absatz für das eigentliche Motiv und Ziel der herrschenden „kapitalistischen“ Kreise halten. Produkte zu verknappen und Preise anzuheben, scheint aber die einzige Möglichkeit in einer nur noch in wenigen Händen konzentrierten Wirtschaft zu sein, unter gegebenen Bedingungen Geldgewinne zu machen und die gesellschaftsgestaltende Macht auszubauen. Denn, wenn die Zahlungsfähigkeit der breiten Masse bekannt ist und vom bereits vorhandenen Güterangebot weitgehend abgeschöpft wird, lassen sich weitere Gewinne

³ Vgl. Wolf Ingo Blühdorn in The European vom 4.02.2011, <https://www.theeuropean.de/ingolfur-bluehdorn/2651-das-maerchen-vom-green-new-deal>.

marktwirtschaftlich nur noch durch Kostensenkung und zusätzliche Verknappung des Güterangebotes erwirtschaften. Die Ausweitung der Güterproduktion würde, um abgesetzt zu werden, lediglich die Preise senken aber keine zusätzlichen Gewinne einbringen. Die Voraussetzung einer solchen Marktstrategie ist allerdings eine hohe Vermögenskonzentration, die es den wenigen Großvermögen über das Instrument der Kreditvergabe erlaubt, die Güterproduktion im Wesentlichen zu steuern.⁴

Die dadurch ausgelösten sozialen Härten verlangen, um ein Aufbegehren zu verhindern, eine gewisse Rechtfertigung. Diese hat die CO₂-Klimakatastrophe zu liefern. Zu ihrer Propagierung bedienen sich die tatsächlich Herrschenden vor allem der „swarming adolescents“ (schwärmenden Jugendlichen) mit ihrer gegen das „System“ gerichteten „rebellious hysteria“ (rebellischen Hysterie). Dazu werden sie leicht mit scheinbaren Antiestablishment-Phrasen verführt. Die entsprechende Praxis und „Theorie soziotechnischer Systeme“ hatten Dr. Fred Emery und Eric L. Trist vom Londoner Tavistock Institut bereits Anfang der 1960er Jahre entwickelt und in Gang gebracht.⁵ Damit gelang es nicht nur die Bevölkerung auf ihre geplante Verarmung einzustimmen, sondern auch den guten Ansatz der Agenda 2030 aus dem öffentlichen Bewusstsein zu verdrängen.

Wer kennt heute noch diese Agenda und weiß, was sie wirklich will?

Zum besseren Verständnis der Agenda verhilft das Buch: Helmut Böttiger, Vorwort Achim Hermes, *Agenda 2030. Der Kompass zu einer lebenswerten Welt*, 14 × 21 cm, 144 Seiten, Broschur, ISBN 978-3-7319-0952-1, MICHAEL IMHOF VERLAG. Erhältlich zum Subskriptionspreis von € 9,95 beim Verlag (info@imhof-verlag.de, Tel. 0661/29 19 166-0) bis zum Erscheinungstermin im Februar 2020 ab dann € 14,95 auch im Buchhandel.

4 Vgl. dazu das bereits 1923 erschienene aber kaum verbreitete Buch: Thorstein Veblen, *Absentee Ownership, Business in Recent Times: The Case of America*. Vicing Press 1923.

5 F. E. Emery, E. Trist, Socio-Technical Systems, in C.W.Church, M.Verlust (Hrsgs), *Management Science, Models and Technics*, Bd 2 Pergamon Publ. Oxford 1960 S. 83–97 und dies., The causal texture of organizational environments, in: *Human Relations* 1965, Bd.18, S. 21–32, und perspektivisch F.E. Emery, The next Thirty years: concepts, methods and anticipations, in: *Human Relations* 1967, Bd.20, S. 199–237.